

# Politiker stellen sich Fragen von Diezer Schülern

Landtagsabgeordnete zu Gast in Nicolaus-August-Otto-Schule – Debatte um Klima entfacht

Von unserem Reporter Matthias Kolk

■ **Diez.** Seit fast 20 Jahren sind die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags an den Tagen um den 9. November in den weiterführenden Schulen von Rheinland-Pfalz unterwegs. Bei den sogenannten Schulbesuchstagen stellen sich die Berufspolitiker der Kritik und den Fragen der jungen Generation. Auch die Schüler der Nicolaus-August-Otto-Schule in Diez durften zu diesem Anlass drei Berufspolitiker bei sich begrüßen.

Der gebürtige Diezer und Vizepräsident des Landtags Matthias Lammert (CDU) sowie die Abgeordnete Jörg Denninghoff (SPD) und Dr. Jan Bollinger (AfD) standen den Jugendlichen der zwölften Klasse bei einer 90-minütigen Diskussionsrunde in der Aula der Schule Rede und Antwort. Mit einem im Vorfeld ausgearbeiteten Fragenkatalog kamen die Schüler bestens vorbereitet zu der Veranstaltung. Dabei interessierte sie besonders ein Thema: der Klimawandel. Unter den drei Parteivertretern sorgte die Thematik für eine emotionale Diskussion.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Schulleiter Jörg Schmitz überlässt Lehrer Kai Nowak, Moderator und Organisator der Veranstaltung, den drei Abgeordneten,

die sich den Schülern kurz vorstellen, das Wort. Jörg Denninghoff war früher selbst mal Schüler an der Nicolaus-August-Otto-Schule, erzählt er. Jan Bollinger freut sich über „die schöne Gelegenheit, Kontakte zur jungen Generation aufzubauen“. Und Matthias Lammert ermutigt die Schülerschaft schließlich, Fragen zu stellen: „Ihr könnt alles fragen, ob wir auf alles eine Antwort haben, müssen wir dann mal schauen.“

## Diskussion um Klimaschutz

Die Schüler legen direkt los, scheuen sich nicht davor, Kritik zu äußern. Ein Schüler kritisiert, dass für den Bau von Windkraftanlagen ganze Wälder abgeholzt werden. Aus seiner Sicht sei dies ein klarer Widerspruch. Wie es gelingen könne, den Klimaschutz und die Energiewende zu fördern, ohne dafür die Natur zu vernichten, will er deshalb von den drei Politikern wissen? SPD-Mann Denninghoff ergreift als Erster das Wort und zeigt Verständnis für die Sichtweise des Schülers. „Durch das bedauerliche Waldsterben haben wir riesige brachliegende Flächen in unseren Wäldern. Diese sollte man besser für den Bau von Windkraftanlagen nutzen, statt weitere Flächen zu roden“, meint der Abgeordnete.

„Die CDU befürwortet die Windkraft, wir brauchen regenerative



Die Landtagsabgeordneten Jörg Denninghoff (SPD, links), Dr. Jan Bollinger (AfD, Mitte) und Matthias Lammert (CDU, 2. von rechts) statteten anlässlich der Schulbesuchstage des Landtags auch der Nicolaus-August-Otto Schule um Schulleiter Jörg Schmitz (rechts) und Sozialkunde-Lehrer Kai Nowak (2. von links) einen Besuch ab und beantworteten viele Fragen der Schüler der zwölften Klassenstufe.

Foto: Matthias Kolk

Energien“, führt Matthias Lammert anschließend zu der Frage aus. „Wälder für die Windkraft zu roden, das kann allerdings nicht sein. Wir müssen Windräder grundsätzlich da aufstellen, wo auch der Wind weht“, setzt sich Lammert für eine sinnvolle Platzierung der Kraftanlagen ein. AfD-Mann Bollinger schließt sich in diesem Punkt seinem Vorredner an. „Die Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz bringen faktisch nur ein Fünftel der angegebenen Leistung“, bemängelt er insbesondere die Effizienz der Anlagen. Seiner kritischen Haltung gegenüber der Windenergie verleiht er schließlich bei folgender Frage verstärkter Ausdruck, als er offen in die Runde wirft: „Ist der gleichzeitige Ausstieg aus Kohle und Atomenergie nicht vielleicht zu viel auf einmal?“ Matthias Lammert will sich auf diese Diskussion allerdings nicht einlassen: „Auch wenn die Alternativen vielleicht noch nicht so effizient sind, so sind wir uns doch zumindest darin im Klaren, dass Atomstrom nicht der Strom der Zukunft ist.“

Um die zukünftige Gestaltung der Klimapolitik geht es auch bei der nächsten Frage einer Schülerin, die bemängelt, die Politik habe viel

zu spät begonnen, etwas für den Klimaschutz zu tun. Im Saal beginnt lautes Getuschel, als sich die Schülerin fragend an AfD-Mann Bollinger richtet: „Ihre Partei ist die einzige, die immer noch den Klimawandel leugnet. Aber selbst, wenn sie ihn bestreitet: Was wäre so falsch daran, trotzdem etwas für die Natur zu tun?“ Bollinger entgegnet, man habe nichts gegen sinnvolle Maßnahmen, die den Klimaschutz befördern. „Der Klimawandel ist aber ein globales Problem.“ Deutschland sei nur für zwei Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich. „Die großen Klimasünder“ China und Indien würden bisher keinerlei Anstalten machen, sich für den Klimaschutz einzusetzen. Ohne internationale Abkommen sind für Bollinger die Anstrengungen einzelner Länder in der Klimapolitik nicht zielführend. „Es bringt nichts, wenn wir hier in Deutschland unsere Wirtschaft für den Klimaschutz so sehr knebeln, dass dadurch Arbeitsplätze bedroht werden, während andere Länder nicht mitziehen.“

Für Denninghoff ist die Argumentation Bollingers ein Versuch, Deutschland aus der Verantwortung zu ziehen, etwas verändern zu

müssen. Darum stellt sich der SPD-Mann deutlich dagegen: „Die Rechnung geht so nicht auf. Wenn wir als Weltmeister im Export weltweit produzieren lassen, dann sind wir für deutlich mehr als zwei Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich.“ Auch Lammert betont, dass die viel zitierten 2 Prozent kein Grund seien, nichts zu ändern. Vielmehr müsse Deutschland in der Klimapolitik „mit gutem Beispiel“ vorangehen. Wie Bollinger findet aber auch er es „schade“, dass Länder wie China und Indien der Weltklimakonferenz fernbleiben.

## Jeder trägt Verantwortung

Um die Ziele des Klimaschutzes erreichen zu können, nimmt Lammert auch die Schüler selbst in die Pflicht: „Jeder von euch kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.“ Als Beispiele nennt er, mehr Bahn zu fahren oder zu Fuß zu gehen und weniger zu fliegen. Für SPD-Mann Denninghoff hat der kleine Beitrag des Einzelnen einen besonderen Vorteil: „Er wirkt sofort.“ Konkret wünscht sich Denninghoff mehr Wertschätzung im Umgang mit Lebensmitteln in der Gesellschaft. Er bedauert, dass so viele Lebensmittel weggeworfen

werden, was ebenfalls der Umwelt schade. Zudem kritisiert er, dass die Politik viele Maßnahmen für den Klimaschutz, die nichts kosten würden, bisher nicht konsequent umsetzt. So zum Beispiel das Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde auf der Autobahn.

Die Antworten der Politiker stellen die fragende Schülerin nicht zufrieden. „Es wirkt für mich so, als würdet ihr viel drum herum reden“, meint sie zu den Landtagsabgeordneten. Ihr mutiges Nachhaken veranlasst Matthias Lammert dann doch zu deutlicheren Worten: „Es stimmt, dass wir, was den Klimaschutz angeht, einige Jahrzehnte verschlafen und vieles zu spät erkannt haben. Ich bin aber dennoch froh, dass wir jetzt endlich überhaupt auf dem Weg sind.“

Mit ihren mutigen Fragen, etwa auch zur Cannabis-Legalisierung oder der Massentierhaltung, trugen die Diezer Schüler insgesamt zu einer kurzweiligen und emotional geführten Diskussionsrunde bei. Der Gedanke hinter den Schulbesuchstagen, mit der jungen Generation über die aktuellen politischen Themen der Gegenwart ins Gespräch zu kommen, hat zumindest in Diez gefruchtet.

## Warum der 9. November ein besonderer Tag ist

Der „Schicksalstag der Deutschen“ stellt ein denkwürdiges Datum in der Landesgeschichte dar. Insbesondere im 20. Jahrhundert ereigneten sich an diesem Tag überschwängliche Glücksmomente ebenso wie grau-samste Verbrechen. Am 9. November 1989 herrschte Ausnahmezustand im ganzen Land, als die Berliner Mauer fiel. 1938 erreichte die systematische Judenverfolgung der Nationalsozialisten in der Reichspogromnacht einen schrecklichen Höhepunkt. 1918 rief Philipp Scheidemann das Ende des Kaiserreiches und die erste deutsche Republik aus.

Die Schulbesuchstage des Landtags sind eng mit der Erinnerung an die Ereignisse vom 9. November verknüpft. „Ein solcher historischer Rahmen eignet sich, um auch aktuelle Herausforderungen für unsere gegenwärtige demokratische Gesellschaft zu diskutieren“, meint Landtagspräsident Hendrik Hering in einer entsprechenden Pressemitteilung des Landtags zu den Schulbesuchstagen. Es gibt wohl kein Datum in der deutschen Geschichte, an dem sich eindrücklicher zeigt, dass Demokratie keineswegs selbstverständlich ist. *mtk*